

Demokratie

Politik im Dialog - nicht von oben herab

Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen. Das Grundgesetz bestimmt, dass das Volk seine Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen ausübt. Der Staat muss die für ein menschenwürdiges Dasein notwendigen Güter und Leistungen bereitstellen. Demokratie ist der aktive Schutz der Bürger- und Grundrechte.

Regierung tritt Staatsgewalt an Konzerne ab

Schwarz-Gelb hat bei der Regulierung der Finanzmärkte versagt und bedient vor allem die Interessen von Banken und Exportindustrie. Lobbyisten entscheiden inzwischen in Deutschland darüber, was sie bekommen und was sie zu leisten bereit sind. Die Krisenlasten werden auf die Bevölkerung abgeladen. Besserverdienende und Reiche werden geschont. Kanzlerin Merkel verletzt permanent ihren Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und Gerechtigkeit gegenüber allen zu leisten. Die Bundesregierung setzt sich immer wieder über den Mehrheitswillen der Bevölkerung hinweg, sei es bei Kriegseinsätzen, der Rente erst ab 67 oder der Atompolitik.

Alle Bereiche umfassend demokratisieren

Die Proteste gegen Stuttgart 21 und die Beteiligung an Volksentscheiden zeigen, dass die Menschen durchaus an Politik interessiert sind. DIE LINKE fordert die Einführung von Volksinitiativen und Volksbegehren auf Bundesebene, die Reformierung der öffentlichen Verwaltung hin zu einer bürgernahen Verwaltung und den Ausbau demokratischer Strukturen in Wirtschaft und Arbeitswelt. Privatbanken und der Energiesektor müssen vergesellschaftet und die Beschäftigten an großen Unternehmen beteiligt werden. Die Arbeit von Lobbygruppen soll unter anderem durch ein verpflichtendes Lobbyistenregister kontrolliert werden. Großspenden von Konzernen an Parteien gehören verboten.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Demokratie

Politik im Dialog - nicht von oben herab

Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen. Das Grundgesetz bestimmt, dass das Volk seine Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen ausübt. Der Staat muss die für ein menschenwürdiges Dasein notwendigen Güter und Leistungen bereitstellen. Demokratie ist der aktive Schutz der Bürger- und Grundrechte.

Regierung tritt Staatsgewalt an Konzerne ab

Schwarz-Gelb hat bei der Regulierung der Finanzmärkte versagt und bedient vor allem die Interessen von Banken und Exportindustrie. Lobbyisten entscheiden inzwischen in Deutschland darüber, was sie bekommen und was sie zu leisten bereit sind. Die Krisenlasten werden auf die Bevölkerung abgeladen. Besserverdienende und Reiche werden geschont. Kanzlerin Merkel verletzt permanent ihren Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und Gerechtigkeit gegenüber allen zu leisten. Die Bundesregierung setzt sich immer wieder über den Mehrheitswillen der Bevölkerung hinweg, sei es bei Kriegseinsätzen, der Rente erst ab 67 oder der Atompolitik.

Alle Bereiche umfassend demokratisieren

Die Proteste gegen Stuttgart 21 und die Beteiligung an Volksentscheiden zeigen, dass die Menschen durchaus an Politik interessiert sind. DIE LINKE fordert die Einführung von Volksinitiativen und Volksbegehren auf Bundesebene, die Reformierung der öffentlichen Verwaltung hin zu einer bürgernahen Verwaltung und den Ausbau demokratischer Strukturen in Wirtschaft und Arbeitswelt. Privatbanken und der Energiesektor müssen vergesellschaftet und die Beschäftigten an großen Unternehmen beteiligt werden. Die Arbeit von Lobbygruppen soll unter anderem durch ein verpflichtendes Lobbyistenregister kontrolliert werden. Großspenden von Konzernen an Parteien gehören verboten.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G